

Ratsnotizen Teil II vom 11. April 2019

Anträge und Anfragen aus dem Gemeinderat zum Haushalt 2019

34 Anträge und 13 Anfragen stellten die Fraktionen und Bündnisse im Kernener Gemeinderat zum Haushalt 2019. In der Sitzung wurden alle Anfragen abschließend beantwortet. Zwei Anträge wurden zurückgezogen.

Treppengeländer für den Friedhof

Die UFW-Fraktion beantragte, den parallel zum Rommelshausener Friedhof verlaufenden Abschnitt der Haldenstraße mit einem Treppengeländer zu versehen. Einstimmig votierte das Gremium dafür, dass die Verwaltung als Entscheidungsgrundlage die Kosten hierfür ermittelt.

Keine weiteren Parkflächen beim Spielplatz im Tal

Die Verwaltung musste den UFW-Antrag ablehnen, beim Spielplatz im Tal in Kernen-Stetten weitere Stellflächen auszuweisen. Das Anlegen einer zusätzlichen Stellplatzfläche ist dort nicht genehmigungsfähig, weil dort ein Regenrückhaltebereich und ein Landschaftsschutzgebiet baurechtliche Schranken bilden. Zudem ist ein Parksuchverkehr im Stettener Tal nicht erwünscht. Parkmöglichkeiten bestehen bei Gartenschau-Veranstaltungen bei der Firma Schetter (P1) sowie auf einer Wiese beim Kreuzungsbereich der K1857 und Rommelshausener Straße (P2). Auch die Beschilderung für die ausschließliche Befahrung durch Anlieger ist nach Auffassung der Verwaltung ausreichend.

Bei Bauausgaben ab 500.000 Euro werden jährliche Abschreibungen beziffert

Einstimmig votierte das Gremium für den CDU-Antrag, dass die Verwaltung bei Bauausgaben und anderen Investitionen ab einer Höhe von 500.000 Euro die voraussichtlichen jährlichen Unterhaltskosten und Abschreibungen darstellt.

Einführung eines Kernener Tagestickets wird geprüft

Mit großer Mehrheit beschlossen die Räte, die von den CDU- und OGL-Fraktionen beantragte Einführung eines verbilligten Tagestickets (3 Euro) in Kernen zu prüfen. Damit sollen die beiden Ortsteile besser miteinander verbunden werden, und es soll zugleich ein Anreiz sein, auf den ÖPNV umzusteigen. Zur Umsetzung sogenannter Stadt-Tickets gibt es seitens des VVS Vorgaben, wie diese zu erfolgen hat. Die Verwaltung

wird die Einführung eines Kern-Tickets prüfen und hierzu eine Kostenberechnung erstellen. Ersten Schätzungen zufolge, würden die Kosten für die Gemeinde zwischen 10.000 bis 20.000 Euro jährlich betragen.

Mittel für Untersuchung der Grabungsfunde „Ochsen-Areal“

Ebenfalls mit großer Mehrheit stimmte das Gremium dafür, dass die Gemeinde, wie von der CDU-Fraktion beantragt, das Landesdenkmalamt bei der wissenschaftlich fundierten Untersuchung der Grabungsfunde beim Stettener „Ochsen-Areal“ finanziell unterstützt. Hierfür sollen die Kosten ermittelt und entsprechende finanzielle Mittel in den Haushalt 2020 eingestellt werden.

BGH-Urteil wird beobachtet

Noch besteht keine Handlungsempfehlung des Gemeindetages zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom Dezember 2018. Die Verwaltung sieht es deshalb aktuell nicht als zielführend an, die bisherige Praxis eines kostenfreien Mitteilungsblatts zu verändern. Die CDU-Fraktion hatte beantragt, mögliche Auswirkungen des Urteils auf das Redaktionsstatut aufzuzeigen. Die Entwicklung wird beobachtet.

Umzugsprämie für Senioren vorgeschlagen

Die Stadt Marbach am Neckar gewährt Senioren eine Umzugsprämie von 2.500 Euro, wenn sie ihre größere Wohnung im Bestand eines Wohnungsbauunternehmens oder der Stadt frei machen. Umzüge auf dem freien Wohnungsmarkt werden nicht gefördert. Die CDU-Fraktion beantragte, auch Kernern solle solche Zuschüsse gewähren. Mieterbund und VdK halten indes solche Umzugsprämien für lebensfremd, auch setzten sie ältere Menschen unnötig unter Druck. Die Stadt Marbach selbst sieht das Instrument „Prämie“ eher als Mittel, auf die Problematik aufmerksam zu machen und weniger als effektives Mittel, um Senioren zum Wohnungswechsel in kleinere Wohnungen zu bewegen. Die Kernener Verwaltung schlug vor, das Geschehen in Marbach zu beobachten und das Thema im kommenden Jahr nochmals zu diskutieren.

Florfliegenkästen und Steinhaufen für Nützlinge

Mehrheitlich stimmten die Räte für den CDU-Antrag, Nützlinge bei der Überwinterung zu unterstützen. Hierzu sollen Florfliegenkästen aufgestellt und Steinhaufen errichtet werden. 3.000 Euro sollen hierfür in den Haushalt eingestellt werden.

Bei Zuschuss kommt mobiles Lärmmessgerät

Nur unter der Voraussetzung, dass Zuschüsse in Höhe von 4.000 Euro fließen, befürworteten die Räte mehrheitlich den CDU-Antrag, ein mobiles Lärmmessgerät zu beschaffen. Die Kosten würden dann 13.000 Euro betragen. Da der Einsatz der Geräte sinnvoller Weise länger andauern sollte und ein Umsetzen nur mit einer erneuten Konfiguration möglich ist (die Kosten hierfür liegen jeweils bei 2.000 Euro), dürfte eine Kooperation mit Nachbarkommunen ausscheiden. Die Geräte wurden ursprünglich zur Prävention auf Motorradstrecken konzipiert und bestehen aus einem Display und einem Leitpfostenzählgerät zur Lärmmessung. Der tatsächliche Nutzen ist fraglich.

Info-Veranstaltung zu „Terra preta“

„Terra preta“ ermöglicht die lokale Einsparung von CO₂-Emissionen durch die Landwirtschaft. Die CDU-Fraktion beantragte, „Terra preta“ auf einem gemeindlichen Häckselplatz selbst herzustellen, Zuschüsse für die heimische Landwirtschaft zu prüfen und mit der Abfallwirtschaftsgesellschaft Rems-Murr Kontakt aufzunehmen. Diese Themen sollen nun bei einem Info-Abend unter der Federführung des Landwirtschaftsamtes näher beleuchtet werden. Die Verwaltung wird diese Veranstaltung unterstützen.

Friedweinberg abgelehnt

Keine Mehrheit fand der CDU-Antrag, einen Friedweinberg als neue Bestattungsform einzurichten. Bislang gibt es deutschlandweit nur in zwei Kommunen in Rheinland-Pfalz und Bayern solche Friedweinberge. Aktuell sind auf den neuen örtlichen Friedhöfen neue Bestattungsformen, insbesondere für Urnengrabstellen geschaffen worden, und die Angebote sind bis ins Jahr 2030 dimensioniert. Sämtliche Kosten eines Friedweinbergs (Herstellung, Pflege der Reben und des gesamten Bereichs) würden sich auf alle Friedhofsgebühren auswirken und entsprechende Erhöhungen nach sich ziehen. Dies lehnte das Gremium ab.

Keine „Ehrenamtskarte“

Ebenfalls abgelehnt wurde der CDU-Antrag, eine „Ehrenamtskarte“ einzuführen. Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass sie ehrenamtliches Engagement bereits in hohem Maße fördert, beispielsweise durch ein großes Ehrenamtsfest und durch hohe finanzielle Bezuschussung von Vereinsinvestitionen. Bei mehr als

80 Vereinen und Organisationen in Kernen ist zudem eine gerechte Verteilung an die zahlreichen in unterschiedlichster Weise engagierten Personen kaum möglich und wäre ein enormer Verwaltungsaufwand. Das Gremium teilte diese Ansicht.

Feuerwehr bewirbt „Kinderfinder“

Die CDU beantragte, dass die Verwaltung sogenannte „Kinderfinder“ beschaffen solle. Laut Feuerwehrexperten sollen diese im Bedarfsfall helfen, sich versteckt haltende, verängstigte Kinder im Brandfall aus dem Gebäude zu retten. Nach Diskussionen im Gremium verständigte man sich darauf, dass die Feuerwehr Kernen solche „Kinderfinder“ bewirbt.

Senioren-Sportgeräte im Masvingopark eingeplant

Mehrheitlich befürwortet wurde der SPD-Antrag, fünf Sportgeräte für Senioren im Masvingopark vorzusehen. Im Haushaltsplan wurden 25.000 Euro Planungskosten für die Umgestaltung des Parks eingestellt. In diesem Zusammenhang wird nun auch das Thema Seniorensportgeräte aufgegriffen und werden die Kosten hierfür ermittelt.

Keine Packstationen in den Ortsteilen

Abgelehnt wurde der SPD-Antrag, in beiden Ortsteilen Packstationen einzurichten. Es soll keine Konkurrenzsituation zu den bestehenden Postagentur-Angeboten in Rommelshausen (und künftig auch wieder in Stetten) geschaffen werden.

Zwei Fahrradreparatursäulen kommen

Die SPD-Fraktion beantragte, die Kosten für die Anschaffung von zwei Fahrradreparatursäulen zu ermitteln und die entsprechenden Mittel in den Haushaltsplan einzustellen. Die Mehrheit des Gremiums stimmte dem Antrag zu. Die Kosten für zwei Anlagen belaufen sich auf rund 6.000 Euro. Mögliche Standorte wären der Bahnhof Rommelshausen sowie am Bahnhof Rommelshausen sowie in der Klosterstraße in Stetten.

Stadtplanerstelle im Stellenplan

In der Bauverwaltung ist mit Blick auf die Entwicklung der Hangweide eine neue Stadtplanerstelle im Stellenplan 2019 enthalten. Ein Beschluss des Gemeinderats liegt vor. Die von der OGL-Fraktion beantragten Stelleninhalte mit Schwerpunkt auf nachhaltige Lösungen und für den Umweltschutz in Kernen, wird nicht explizit in die Stellenbeschreibung

aufgenommen, da Stadtplaner ohnehin die Ökologie beachten müssen.

Zusätzliches Seitenradargerät abgelehnt

Mit großer Mehrheit abgelehnt wurde die von der OGL-Fraktion beantragte Beschaffung eines weiteren Seitenradars. Dies sollte den Verkehr im Ort an verschiedenen Stellen dokumentieren. In der Gemeinde sind bereits drei Geschwindigkeitsdisplays und ein Seitenmessgerät vorhanden. Die Beschaffung weiterer Geräte wurde vom Gremium nicht für notwendig erachtet.

Runder Tisch mit Landwirten

Die Gemeinde wird auf Antrag der OGL-Fraktion zusammen mit dem Landwirtschaftsamt des Rems-Murr-Kreises einen Info-Abend mit Vertretern aus Landwirtschaft, Politik und Naturschutz organisieren. Ziel des Treffens soll es sein, die Möglichkeiten des artenschutzgerechten und ökologischen Umbaus der Landwirtschaft und die dafür notwendige finanzielle Unterstützung darzustellen. Die Zuständigkeit für die Thematik liegt beim Landwirtschaftsamt des Rems-Murr-Kreises, das auch eine interkommunale Lösung anstreben könnte. Kontakt zum Kreis wurde aufgenommen, der Info-Abend soll noch in diesem Jahr stattfinden.

Strommix bleibt bestehen

Knapp 40 Prozent des kommunalen Stroms stammen aus erneuerbaren Energien. Die komplette Umstellung auf reinen Ökostrom, wie von der OGL-Fraktion gefordert, verteuert die Kilowattstunde um ca. 0,2 Cent (3.400 Euro/Jahr). Mehrheitlich lehnte das Gremium den Antrag ab.

Keine „Soziale Kernencard“

Mehrheitlich abgelehnt wurde der OGL-Antrag, eine soziale Kernencard einzuführen. Diese sollte Geringverdienern kostenlose Vereinsmitgliedschaften, Eintritte zu Veranstaltungen und Ähnliches ermöglichen. Dafür müsste die Verwaltung Einblicke in die Vermögensverhältnisse der Geringverdiener haben. Allerdings ist die Verwaltung nicht Träger der Sozialhilfeleistungen, denn dies obliegt dem Landkreis. Nur innerhalb des Kinderbetreuungsbereichs darf die Gemeindeverwaltung Einblick in die Vermögensverhältnisse der Bürger haben. Eine Kernencard wird deshalb rechtlich kritisch betrachtet. Zudem gibt es bereits viele Leistungen wie den Landesfamilienpass oder auch „Bildung und Teilhabe“.

Zudem wird kreisweit umfangreich über mögliche unterstützende Leistungen informiert.

Keine Änderung der Pachtverträge für landwirtschaftliche Flächen

Die OGL-Fraktion hatte angeregt, die Gemeinde solle den Pächtern der gemeindeeigenen landwirtschaftlichen Flächen die Pachtgebühr erlassen, wenn diese die Flächen ohne Pestizide bewirtschaften. Außerdem sollte die Gemeinde fordern, dass die Pächter auf fünf Prozent der Fläche insektenfreundliche Blühstreifen anlegen, und die Gemeinde solle diese mit 10 Cent/Quadratmeter bezuschussen. Mehrheitlich lehnten die Räte diesen Antrag ab. Das Thema Blühstreifen soll beim vom Landwirtschaftsamt geplanten Runden Tisch mit den Landwirten zur Sprache kommen.

Schnittkurse für Bauhof-Mitarbeiter

Einstimmig angenommen wurde der OGL-Antrag, drei interessierte Bauhofmitarbeiter an einem Schnittkurs für Obstbäume teilnehmen zu lassen. Das Landwirtschaftsamt in Backnang bietet regelmäßig solche Kurse an. Die Verwaltung begrüßte den Antrag und will ihn kurzfristig aufgreifen.

Patenschaften für Obstbäume der Kommune

Ebenfalls einstimmig stimmten die Räte für die von der OGL-Fraktion beantragte Patenschaften für Obstbäume der Kommune. Die Aufgaben der Paten ist es, die Obstbäume gegen eine Ehrenamtspauschale sachgerecht zu schneiden, außerdem dürfen sie das Obst nutzen. Die Gemeinde wird im Mitteilungsblatt eine Anzeige schalten, dann wird die Resonanz an Paten abgewartet. Den Paten wird ein kostenfreier Schnittkurs angeboten.

Gemeindeeigene Obstbaumwiesen werden biozertifiziert

Bereits in Bearbeitung ist der OGL-Antrag, alle gemeindeeigenen Obstbaumgrundstücke zu biozertifizieren.

Weiterer Sortengarten möglich

Mit der IG Streuobst wird über die Möglichkeit gesprochen, einen weiteren Sortengarten anzulegen. Die Verwaltung sieht hier großes Potenzial für bürgerschaftliches Engagement. Ein Engagement der Gemeinde würde hingegen weiteres Personal bedeuten. Ein Sortengarten könnte auf der Ausgleichsfläche des Wohngebietes Reutte oder auf der gemeindeeigenen

Wiese beim Jugendhaus K7 angelegt werden, hatte die OGL-Fraktion beantragt.

Barriere für Spielplatz im Tal

Der Spielplatz im Tal erhält im Bereich der Holzkletterlandschaft eine Barriere zur Straße hin. Auch sollen Warnsymbole mit spielenden Kindern auf der Straße angebracht werden. Mit großer Mehrheit stimmten die Räte für diesen OGL-Antrag, der bereits teilweise umgesetzt ist. Die Verwaltung hat bereits ein Gitter aufstellen lassen, ein weiteres soll folgen.

Keine Zertifizierung als „Fahrradfreundliche Kommune“ angestrebt

Die OGL-Fraktion hatte beantragt, Kernen solle Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) werden und in den kommenden Jahren eine entsprechende Zertifizierung anstreben. Das Gremium unterstützte dies nicht. Es folgte mehrheitlich der Empfehlung der Verwaltung, sich zunächst für die Verbesserung der Radinfrastruktur einzusetzen, und lehnte den Antrag ab.

Keine direkte Subvention privater Infrastruktur

Mehrheitlich abgelehnt wurde der OGL-Antrag, Fahrradabstellplätze bei Kirchen, Geschäften, Praxen, Gaststätten usw. zu subventionieren. Damit sollte das Einkaufen mit dem Fahrrad attraktiver gemacht werden. Unabhängig davon sind der Gemeinde Fördermittel aus dem LGVFG des Landes Baden-Württemberg zugesichert. Hiermit sollen Fahrradabstellanlagen an öffentlichen Einrichtungen und im öffentlichen Raum installiert werden. Diese kommen letztlich auch der privaten Infrastruktur wie den Praxen und Geschäften zugute.

Keine Fahrbahnverengung mittels Pflanzkübeln

Der OGL-Antrag, in geraden Straßen Pflanzkübel aufzustellen, um den Verkehr auszubremsen, fand im Gremium keine Mehrheit. Problematisch sah die Verwaltung, dass sich vielfach die von Anwohnern subjektiv als Raserei empfundene Geschwindigkeit selten durch die aufgestellten Geschwindigkeitsmessgeräte bestätigen lasse. Gefährlich sind diese Pflanzkübel auch für Fahrradfahrer, auf die beim Umfahren solcher Kübel wenig Rücksicht genommen wird. Zudem würde die Aufstellung solcher Pflanzkübel Ärger anderer Anlieger nach sich ziehen, weil dadurch immer auch Parkplätze verloren gehen. Die Räte teilten diese Ansicht und lehnten den Antrag ab.